

## Indonesien

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
232,5 Millionen	Muslime	79%
	Christen	11,8%
	Sonstige	9,2%



### Wachsender Druck von islamischen Fundamentalisten

Die Regierung von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono, der 2009 wiedergewählt wurde, hat wichtige Schritte gegen Terrorismus und religiöse Intoleranz unternommen, vor allem in besonders instabilen Regionen wie Ambon und Zentral-Sulawesi.

Seit den ersten Monaten des Jahres 2009 erlebt Indonesien eine Zunahme des islamischen Fundamentalismus – und dies trotz der Gegenmaßnahmen von Präsident Yudhoyonos Regierung, die militärische Spezialeinheiten und Anti-Terror-Kommandos zur Ergreifung der gefährlichsten Verbrecher eingesetzt hat. Am Vorabend der nationalen und regionalen Wahlen vom 9. April 2009 äußerten sich die Christen sehr besorgt über die zunehmende Unterstützung für islamistische Parteien wie die Partai Bulan Bintang (PBB) und die Partai Keadilan Sejahtera (PKS), die beide die Scharia im Land einführen wollen. „Die Befürchtungen der Christen sind begründet“, erklärte J. Kristiadi, Katholik und Politikexperte am Centre for Strategic and International Studies (CSIS) in Jakarta, denn die Diskriminierung von Christen und die Gewalt gegen sie nähmen zu. Kristiadi ist der Überzeugung, dass islamistische Parteien an Boden gewinnen, weil die Pancasila immer weniger beachtet wird. Die fünf Prinzipien, auf denen diese Staatsphilosophie basiert, hatten Indonesiens säkularen Nationalismus und den Prozess der Staatsbildung nach Erlangung der Unabhängigkeit geprägt. Tatsächlich „behauptete eine von nationalistischen Parteien durchgeführte Umfrage, 80 Prozent der Universitätsstudenten wünschten sich, dass die Pancasila durch die Scharia ersetzt wird“, sagte Kristiadi.

In den meisten Fällen zeigt sich die Verletzung der Religionsfreiheit darin, dass Gebetsstätten geschlossen oder bereits erteilte Baugenehmigungen von den Behörden widerrufen werden, weil sie Vergeltungsmaßnahmen radikaler Muslime befürchten, die vor Schikane und Erpressung nicht zurückschrecken.

Hinter den meisten gewaltsamen Übergriffen mit konfessionellem Hintergrund in Indonesien stehen extremistische Gruppen wie die Front der Verteidiger des Islam (FPI), die Anti-Apostasie-Bewegung (AGAP) und der Rat der indonesischen Mujahidin (MMI), die auch Richter und örtliche Beamte nicht verschonen. Sie überfallen und zerstören Gebäude, die den Minderheiten gehören – christliche Kirchen, Hindu-Tempel und auch Moscheen der Schiiten und der Ahmadis. Sie bedrohen „gemäßigte“ Muslime und all jene, die ihrer Ansicht nach „abweichlerische“ oder „häretische“ Vorstellungen vom islamischen Glauben vertreten, und erzwingen die Schließung von Geschäften und Betrieben während des Monats Ramadan. Sie sind jedoch nicht die einzigen. Sehr aktiv sind auch die Behörde zur Überwachung religiöser Aktivitäten (Bakor Pakem) und der Rat der indonesischen Rechtsgelehrten (MUI). Sie fordern ein Verbot aller Aktivitäten der Ahmadiyya-Gemeinschaft, weitere Einschränkungen für Mischehen, eine Begrenzung des religiösen Pluralismus und der Religionsfreiheit sowie ein härteres Blasphemiegesetz.

Bislang ist es den radikalen und extremistischen muslimischen Gruppen nicht gelungen, großen Rückhalt in der Bevölkerung zu finden. Das zeigte sich bei den Parlamentswahlen im Juli 2009, bei denen der amtierende Präsident einen überwältigenden Sieg errang. Doch immerhin hatte der Druck durch islamische Splittergruppen Auswirkungen auf die öffentliche Diskussion und die Politik der Regierung und beeinflusste das Verhalten und das Vorgehen von Richtern, Staatsanwälten und Politikern. Diese Einflussnahme erfolgte durch private Lobbys, Straßendemonstrationen, Drohungen und Unruhen im Volk, an denen Hunderte, wenn nicht Tausende von Menschen beteiligt waren. Das alles führte 2008 zu Regierungsdekreten gegen die Ahmadiyya-Gruppe und zu einem von der Scharia beeinflussten Gesetz gegen Pornografie.

Gemäßigte muslimische Gruppen, Christen, Hindus, Buddhisten sowie andere Religionen und zivilgesellschaftliche Gruppen versuchten – sowohl im Parlament als auch auf der Straße –, einer an der Scharia orientierten Gesetzgebung entgegenzutreten. Die Regierung ließ jedoch im Unklaren, ob für Gesetze, die die Rechte der sogenannten ketzerischen Gruppen verletzen, oder für gesetzliche Bestimmungen, die faktisch eine Verletzung der Religionsfreiheit darstellen, eine Änderung beabsichtigt sei.

Trotz aller Bemühungen der Regierung kam es gegenüber religiösen Minderheiten auch weiterhin zu Übergriffen und Einschüchterungen, zumeist durch radikale muslimische Bewegungen und Gruppen. Ziel der Gewalt in dem Land mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung sind Christen und auch einige Muslime wie die Ahmadis, eine Gruppe, die von der islamischen Orthodoxie für ketzerisch gehalten wird. Obwohl die Verfassung die Religionsfreiheit als ein Grundrecht anerkennt, werden manche Landes- oder Provinzgesetze – wie beispielsweise das Blasphemiegesetz oder das Gesetz über die Baugenehmigungen, die zum Bau von Kirchen erforderlich sind – gegen Minderheiten verwendet.

Der Bau einer Kirche, ob katholisch oder protestantisch, ist in Indonesien ein langer und komplizierter Prozess, der bis zu fünf, ja sogar zehn Jahren dauern kann. Am Beginn steht die von den örtlichen Behörden erteilte Baugenehmigung. Zusätzlich zur Baugenehmigung benötigen Christen die Zustimmung einer bestimmten Zahl von Anwohnern der Gegend, in der das Gebäude errichtet werden soll, sowie die Unterstützung des örtlichen Forums für den interreligiösen Dialog. Selbst dann können die Behörden das Projekt stoppen, indem sie „andere“, nicht weiter spezifizierte Gründe angeben. Häufig handelt es sich bei diesen anderen Gründen um Druck seitens muslimischer Anwohner oder radikaler muslimischer Gruppen, die einen religiösen Fanatismus vertreten.

### **Keine Alternative zu Dialog und friedlicher Zusammenarbeit**

Doch alle Schwierigkeiten und Schikanen, die sie erleiden, hindern die Katholiken nicht daran, Initiativen zu fördern, die der gesamten indonesischen Bevölkerung zugutekommen, seien es Hilfsmaßnahmen bei Naturkatastrophen oder Entwicklungsprojekte.

Kardinal Jean-Louis Tauran, Präsident des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, unterstrich ebenfalls die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und des interreligiösen Dialogs zwischen Christen und Muslimen, als er Ende November 2009 Indonesien besuchte. Der Kardinal, der mit Politikern, muslimischen und katholischen Führern zusammentraf, erklärte, „eine Brücke für den Dialog zu bauen, ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit“. Während seines Aufenthalts in Indonesien besuchte der Prälat die Istiqlal-Moschee in

Jarkarta, die größte islamische Gebetsstätte in Südostasien, die sich direkt gegenüber der katholischen Kathedrale der Stadt befindet.

### **Quellen**

[www.asianews.it](http://www.asianews.it)  
[www.uscirf.gov](http://www.uscirf.gov)  
[www.compassdirect.org](http://www.compassdirect.org)  
[www.fides.org](http://www.fides.org)  
[www.thejakartapost.com](http://www.thejakartapost.com)  
[www.ahrchk.net](http://www.ahrchk.net)  
[www.theseoultimes.com](http://www.theseoultimes.com)  
[www.vatican.va](http://www.vatican.va)  
[www.persecution.org](http://www.persecution.org)  
[www.releaseinternational.org](http://www.releaseinternational.org)